

MEHR VORSORGE

Kinderärzte: Vertrag mit KKH und Deutscher BKK

Foto: ddp

Neues Angebot der KKH und der Deutschen BKK: Die „U-Untersuchungen“ werden um drei Termine erweitert.

Zwei Krankenkassen haben sich mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (bvjkj) darauf verständigt, von Januar 2008 an bundesweit allen bei ihnen mitversicherten Kindern und Jugendlichen zusätzliche Früherkennungsuntersuchungen zu finanzieren. „Die sogenannten U-Untersuchungen werden um die U7a, die U10 und die U11 erweitert“, erläuterte bvjkj-Präsident

Dr. med. Wolfram Hartmann. „Aus medizinischer Sicht betreten die beiden Krankenkassen damit ein äußerst sinnvolles Neuland und investieren in primäre Prävention, die gerade bei Kindern von höchster Bedeutung ist und sich langfristig auszahlt.“ Profitieren könnten von dem neuen Angebot der KKH und der Deutschen BKK rund 80 000 Kinder.

Hartmann verwies darauf, dass eine solche Erweiterung der bestehenden U-Untersuchungen derzeit auch im Gemeinsamen Bundesausschuss geprüft werde. Doch eine Entscheidung zieht sich nach seiner Erkenntnis hin, weil eindeutige Belege für den Nutzen weiterer Checks fehlen. Man müsse aber auch einmal den Mut haben, im Interesse von Kindern als sinnvoll erachtete Untersuchungen einzuführen, selbst wenn Belege noch fehlten, forderte Hartmann. Schließlich würden bei Erwachsenen auch Kosten von Vorsorgemaßnahmen übernommen, die nicht perfekt evaluiert seien. *Rie*

RANDNOTIZ**Dr. Eva Richter-Kuhlmann**

Ein neues Formular könnte demnächst Einzug in Arztpraxen und Krankenhäuser halten. „Haben Sie die Absicht, sich therapiegerecht zu verhalten? – Ja – Nein – Bitte kreuzen Sie an“. Es klingt absurd, doch so oder ähnlich könnten die Erklärungen aussehen, die Patienten gegenüber ihrem Arzt abzugeben

Sind Sie therapietreu?

haben – zumindest wenn man der Vorgabe des Gesetzgebers folgt. Denn dieser hat mit der Gesundheitsreform eine gesetzliche Regelung eingeführt, nach der für chronisch kranke Patienten die Arzneimittelzuzahlungen von maximal zwei auf ein Prozent begrenzt werden können. Voraussetzung dafür ist allerdings ein therapiegerechtes Verhalten – und das sollen Ärztinnen und Ärzte jährlich bescheinigen.

Doch zunächst einmal hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) den Schwarzen Peter. Er soll nämlich die entsprechende Richtlinie beschließen. Eine Aufgabe, die dem G-BA-Vorsitzenden, Dr. Rainer Hess, sichtlich Unbehagen bereitet. „Therapiegerechtes Verhalten müsste zunächst definiert werden. Aber das ist unmöglich“, sagte er. „Soll es sich nur auf das Einhalten von Verordnungen beziehen? Oder beispielsweise auch auf gleichzeitigen Alkoholkonsum?“ Ärztinnen und Ärzte könnten nicht Detektiv spielen und die regelmäßige Medikamenteneinnahme ihrer Patienten überprüfen, meint Hess. Insofern müssten sie ihren Patienten die Therapie erklären und eine mündliche oder schriftliche Erklärung einholen, ob sie gewillt seien, sich an die Vorgaben zu halten. „Ich sehe da keine andere Möglichkeit“, sagte der G-BA-Vorsitzende. Bis zu seiner Dezember Sitzung hat der Ausschuss Zeit, über eine Entscheidung nachzusinnen.

BMG-HAUSHALT 2008**Steuerzuschuss ist der größte Posten**

Das Robert Koch-Institut (RKI) ist mit 49 neuen Stellen ausgestattet worden. Bis 2011 sollen weitere 98 Stellen geschaffen werden. Darauf haben Bundestagsabgeordnete der Großen Koalition in der Haushaltsdebatte hingewiesen. Norbert Barthle (CDU) sagte, das RKI müsse zu einem Bundesinstitut ausgebaut werden, damit es umfassende Gesundheitsaufgaben für die Bevölkerung wahrnehmen könne. Ewald Schurer (SPD) betonte mit Bezug auf das RKI: „Die Bundesregierung muss zur Bewältigung bekannter oder neu hinzukommender Krankheiten, Erreger, Resistenzen oder möglicher biologischer Anschläge in der Lage sein, entsprechend Vorsorge zu treffen.“

Der Etat des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) beträgt für 2008 knapp 2,9 Milliarden Euro. 2,5 Milliarden davon fließen als Haushaltszuschuss für gesamtgesellschaftliche Leistungen an die Krankenkassen. Von den verbleibenden

400 Millionen Euro werden rund 180 Millionen für die fünf nachgelagerten Institute des BMG verwendet, darunter das RKI. Circa 70 Millionen Euro sind für das BMG selbst eingeplant, weitere 66 Millionen Euro für Aufklärung und Prävention. Ein Drittel dieses Geldes dient der Aidsbekämpfung.

Die FPD kritisierte während der Haushaltsdebatte, SPD und Union blieben eine Gegenfinanzierung für den Steuerzuschuss schuldig, ebenso ein Konzept für eine langfristige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Linke forderte, Gesundheitspolitik endlich vorbeugend auszurichten und ein Präventionsgesetz zu verabschieden. Bündnis 90/Die Grünen kritisierten, dass die Große Koalition über die Behandlung von Drogenabhängigen im Dauerclinch liege. Ebenfalls gescheitert sei die Überführung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte in eine moderne Agentur. *Rie*